



**OKTOBER 2012** 



**THEMEN** 

GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION \* MALI \* RÜSTUNGSEX-PORTE \* MEINE REGION





### LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

nach einem erstaunlich ruhigen Sommer steht uns ein heißer Herbst ins Haus: mit einer Bundesdelegiertenkonferenz in Hannover im November und der Landtagswahl in Niedersachsen am 20. Januar 2013. Gerade haben wir auf der Landesdelegiertenkonferenz in Stade das Wahlprogramm verabschiedet. Die von einigen erwartete Auseinandersetzung zu Gorleben blieb aus - den Antrag des Landesvorstandes haben wir ohne Gegenstimme verabschiedet.

Wir diskutierten außerdem die Frage, ob der Verfassungsschutz reformierbar ist oder aufgelöst werden sollte. Nach einer spannenden Debatte entschieden sich die Delegierten mit überwältigender Mehrheit für die Auflösung.

Auf der BDK werden zentrale Gerechtigkeitsfragen wie bspw. die Gestaltung einer Garantierente und die Zukunft Europas im Mittelpunkt unserer Debatten stehen. Ich selbst habe einen Antrag zur Kindergrundsicherung eingereicht.

Im übrigen müssen wir feststellen, dass unsere grün internen sachlichen Auseinandersetzungen geradezu harmlos anmuten im Vergleich zu den immer

## INFOPOST



tiefer und immer sichtbarer werdenden Gräben innerhalb der Regierungskoalition. Ob Frauenquote (wollen die Unionsfrauen, aber die Männer nicht), Betreuungsgeld (will die CSU, aber sonst niemand) oder Mindestlohn (wollen Unionsregierte Länder im Bundesrat, aber die Koalition im Bundestag nicht): die Kompromissfähigkeit ist offensichtlich völlig dahin und damit auch die Regierungsfähigkeit (wenn sie denn je existierte).

Der angekündigte Vorschlag zur Endlagersuche ließ lange auf sich warten. Nach 3 Monaten Funkstille lädt Altmaier zum Gespräch über dieselbe Vorlage vom Juli – ohne auf die bereits dargelegten Dissenspunkte auch nur ansatzweise einzugehen und wundert sich, dass keiner kommen will. Erst nach dieser Absage hat er sich wieder an die Arbeit gemacht. Wie ernst er es meint, bleibt abzuwarten.

Zu Europa ist der Kanzlerin immer noch nicht die wirkliche Botschaft eingefallen, mit der sie den Menschen klar machen will, was für uns alle auf dem Spiel steht. Nicht Klotzen, sondern Kleckern ist nach wie vor ihre Taktik.

Durch die Währungskrise findet immer noch eine ungeheure Umverteilung statt, indem Kapital aus Südeuropa abgezogen und u.a. nach Deutschland transferiert wird. Wir profitieren auf unsägliche und von vielen unverstandene Art und Weise von dem Elend unserer unmittelbaren Nachbarn. Unsere grüne Forderung lautet nach wie vor: wir brauchen einen Altschuldentilgungsfonds, der durch eine europäische Vermögensabgabe bedient wird.

Um zu zeigen, wie so eine Abgabe funktionieren kann, haben wir im September unseren Gesetzesentwurf für eine Vermögensabgabe in Deutschland in den Bundestag eingebracht.

In Niedersachsen haben wir am 1. Juli unsere Landesliste aufgestellt und starten nun motiviert durch aussichtsreiche Umfragewerte in den Landtagswahlkampf, um Schwarz-Gelb restlos abzulösen.

Auch im Bundestag ist das letzte Jahr dieser Legislaturperiode angebrochen und ich habe gegenüber den Kreisverbänden meines Wahlkreises erklärt und begründet, warum ich gerne wieder für sie kandidieren möchte.

Um Sie/Euch künftig auch in einem persönlicheren Stil als dem einer Pressemitteilung über meine politische Arbeit und Perspektive informieren zu können, bin ich unter die BloggerInnen gegangen: Auf meinem Blog "Wesergrün" stellle ich in unregelmäßigen Abständen Beiträge ein zu Themen, die mir gerade besonders unter den Nägeln brennen. Anders als Facebook oder Twitter scheint mir dies ein guter Weg zu sein, abseits der Hektik des politischen Alltages auch mal einen längeren zusammenhängenden Gedanken mitzuteilen. Über Rückmeldungen und Kommentare im Blog freue ich mich sehr. Und nun viel Spaß beim Lesen der neuen Infopost.

Herzlichst

Lata Cul.
Eure Katia Keul





#### GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK DER EURO-PÄISCHEN UNION

Anfang September habe ich als Mitglied der Delegation des Deutschen Bundestages an der ersten Interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union auf Zypern teilgenommen. Zweck dieser Konferenz ist es, dass es im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, die immer noch intergouvernemental, also allein von den europäischen Regierungen bestimmt ist, zu einer besseren Vernetzung der Parlamentarier kommt. Ich habe die Gelegenheit genutzt und mich erfolgreich um gute Kontakte insbesondere zu den anderen grünen Teilnehmenden bemüht, aus denen hoffentlich in Zukunft eine enge Zusammenarbeit erwachsen wird.

Mitte September war ich dann mit meinem Mitarbeiter in Brüssel und habe dort zahlreiche Gespräche mit Vertretern des Europäischen Auswärtigen Dienstes, der Grünen Fraktion im Europäischen Parlament sowie von politischen Organisationen geführt. Im Mittelpunkt standen die Handlungsmöglichkeiten der Europäischen Union im Bereich der zivilen Krisenprävention sowie die aktuelle Krise in Mali und die dortigen Handlungsoptionen für Deutschland und die EU. Zu beiden Reisen habe ich ausführliche Reiseberichte geschrieben.

#### Reisebericht Zypern

#### Reisehereicht Brüssel



Im letzten halben Jahr hat mich die sich ständig verschlechternde Situation in Mali sehr beschäftigt. Angesichts des beginnenden Konflikts im Norden Malis und der sich abzeichnenden Hungerkatastrophe in der Sahel-Region wollten wir die Bundesregierung zu einem schnellen krisenpräventiven Handeln auffordern, bevor die Situation außer Kontrolle geraten würde. Leider hat die Bundesregierung in Brüssel eher auf der Bremse gestanden, als es darum ging eine EU-Strategie für "Sicherheit und Entwicklung in der Sahel-Region" umzusetzen. Nachdem in der Folge des Sturzes von Gaddafi in Libyen Waffen und Söldner über die Grenzen nach Nord-Mali fluteten, war dann leider die Katastrophe nicht aufzuhalten. Ich habe im September einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, die Krise endlich ernst zu nehmen und sich für die Region einzusetzen. Zwischenzeitlich hat der UN-Sicherheitsrat einen Beschluß nach Kapitel VII der UN-Charta erlassen, der einen Militäreinsatz immer wahrscheinlicher werden lässt.

## INFOPOST





#### RÜSTUNGSEXPORTE

Ob es um Waffengeschäfte mit Indonesien, Katar oder Saudi-Arabien geht die Regierung vernachlässigt die Menschenrechtslage vor Ort und macht bei Rüstungsexporten in Drittstaaten die Ausnahme zur Regel. Das Parlament und die Öffentlichkeit sollen bei diesen Geschäften im Ungewissen bleiben und erst Jahre später etwas darüber erfahren. Als Grund wird fadenscheinig auf das Geheimhaltungsinteresse der Industrie verwiesen. Jede öffentliche Diskussion über diese falsche Politik soll so verhindert werden.

Um diesen unsäglichen Zustand zu beenden, habe ich zusammen mit Claudia Roth und Hans-Christian Ströbele Klage beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erhoben. Wir wollen erreichen, dass die Bundesregierung sich nicht mehr hinter vermeintlichen Geheimschutzgründen verstecken kann und künftig umfangreicher und früher Auskunft über erteilte Rüstungsexportgenehmigungen geben muss. Auf meiner Internetseite befindet sich neben unserer Klageschrift auch die Klageerwiderung der Bundesregierung, sowie unsere Replik darauf.

Wir wollen außerdem dem unkontrollierten Waffenhandels entgegentreten und haben daher zusammen mit der SPD einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der sich für einen starken weltweiten Waffenhandelsvertrag ausspricht.

# INFOPOST



#### MEINE REGION



#### **AFGHANISTAN**

Im Mai reiste ich nach Afghanistan. Dort konnte ich mit Regierungsvertretern in Kabul Gespräche führen und die Bundeswehr in Kunduz und Faisabad besuchen.

In Kunduz traf ich auf Soldaten des EloKa Bataillon 912 aus Nienburg, die einen 6-monatigen Auslandseinsatz absolvierten. Dabei konnte ich mich im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit über die Einsatzbedingungen und die Sorgen und Probleme der Soldaten informieren. Erst durch die Gespräche mit den unterschiedlichen Ebenen ergibt sich am Ende ein vollständigeres Bild der Lage.



Eins hat sich nach allen Gesprächen für mich erneut gezeigt: der zivile Aufbau, d.h. die Stärkung der Regierungsstrukturen, wird nach wie vor personell völlig vernachlässigt.

Selbst wenn die militärische Seite unverkennbare Erfolge bei der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte macht, wird dies nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Lage führen, soweit es keine funktionierende Regierung gibt, der diese Sicherheitskräfte am Ende dienen können und der die afghanische Bevölkerung Vertrauen entgegen bringen kann.

Einen ausführlichen Bericht über meine Reise finden Sie hier.





Von links: Karin Heinemann (KV Nienburg), Elke Oelmann (KV Diepholz/Bürgermeisterin von Barnstorf), Jasmin Kremp (KV Diepholz), Anja Piel (Landesvorsitzende), Frank Müller, Johanna König und Stefan Okrongli (alle KV Verden), Katja Keul, Christof Lorenz (KV Cuxhaven, Geschäftsführer), Wolbert Schnieders (KV Diepholz), Michaela Mügge (KV Schaumburg, Geschäftsführerin), Reinhold Bömer (Welthaus Barnstorf), Cord Fehsenfeld (KV Nienburg)



#### VERNETZUNGSTREFFEN BARNSTORF

Als niedersächsische Bundestagsabgeordnete bin ich in meiner Fraktion für die Kreisverbände Cuxhaven, Osterholz, Verden, Diepholz, Nienburg und Schaumburg zuständig. Nach den für uns Grüne überaus erfolgreichen Kommunalwahlen im vergangenen Jahr gab es beim diesjährigen Vernetzungstreffen der Kreisverbände meiner Region in Barnstorf viel über die neu aufgestellten und gestärkten grünen Kreisverbände zu berichten:

Stark angestiegene Mitgliederzahlen, viele neu errungene Mandate, neue GeschäftsführerInnen, Anpassung und Modernisierung der Kreisverbandsstrukturen waren ebenso Themen wie die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen.

Beim Gruppenfoto gab ein künstlerisch gestalteter LKW-Aufbau den passenden Hintergrund ab.





#### EINE BESONDERE FREUDE ...

... machte es mir, in den vergangenen Monaten das gesellschaftliche Engagement von vier jungen Frauen fördern zu können:



Gesa Roggenbuck aus Sulingen (Landkreis Diepholz) besuchte am Zukunftstag mein Wahlkreis- und Regionalbüro. Sie gestaltete dabei eine Seite auf meiner Homepage. Das Foto zeigt sie mit Flora auf dem Berge, der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Nienburg.

#### Zu Gesas Seite gelangen Sie hier



Mira Eßer aus Bückeburg hat sich inzwischen gut in der Kleinstadt Brighton bei Detroit eingelebt. Ein Stipendium des Bundestages im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programmes macht ihr den einjährigen Aufenthalt in den USA möglich. Das Foto zeigt uns vor dem Kreishaus in Stadthagen mit dem Schaumburger Landrat Jörg Farr, der Mira vor der Abreise alles Gute wünschte.





Von links: Florian Schoeppe (Mitarbeiter), Katja Keul, Hannah Blanke, Christoph Nensa (Mitarbeiter)

Im Rahmen der Aktion Jugend und Parlament lud ich Hannah Blanke aus Nienstädt (Schaumburg) in den Bundestag ein, wo sie in einem mehrtägigen Planspiel Gesetzgebung hautnah und aktiv erlebte.



Arige Samak aus dem ägyptischen Alexandria betreute ich im Rahmen ihres Bundestagsstipendiums in meinem Berliner Büro und im Wahlkreis. Nienburgs Landrat Detlev Kohlmeier erläuterte Arige Aufbau und Aufgaben des Landkreises



#### **BAD NENNDORF IST BUNT**



Der erste Samstag im August ist für mich leider schon zum Fixtermin geworden: Neonazis versuchen alljährlich, die Kleinstadt Bad Nenndorf in meinem Wahlkreis zu einem unsäglichen Aufmarsch zu missbrauchen. Inzwischen sind sie sich uneinig, ob sie das braune Spektakel weiter mit "Trauermarsch" oder mit "Marsch der Ehre" betiteln sollen. In diesem Jahr spürten die Neonazis den Protest der Bevölkerung besonders deutlich: Über 1000 Menschen gingen auf die Straße und hörten bei einer Kundgebung u.a. die klaren Worte meines Fraktionskollegen Jürgen Trittin. Weil der Nahverkehr blockiert war, mussten die Faschisten zu Fuß vom Nachbarort Haste nach Bad Nenndorf aufbrechen, um dann dort mit einer Verspätung von mehr als drei Stunden durch ein Spalier von lauten Privatfeiern zu marschieren. Der Kundgebungsplatz stand ihnen nur teilweise zur Verfügung, denn Aktivisten hatten sich dort bereits in der Nacht angekettet. Als dann noch die Lautsprecheranlage der Nazis streikte, erreichten die Hetzreden nur einen kleinen Teil der Nazis selbst.



In Zusammenarbeit mit dem Bündnis gegen Rechtsextremismus "Bad Nenndorf ist bunt" und dem Kreisverband Schaumburg von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN organisierte ich im Vorfeld des Naziaufmarsches Vorführungen des Films "Blut muss fließen" an Schulen und in Nenndorfs großem Kino. Ca. 700 Menschen erlebten, wie auf der Leinwand die Nazi-Musikszene undercover beobachtet wurde.

Einen Bericht des Deutschland-Radios hören Sie hier.



#### BERLINFAHRTEN



Meine Gäste im Juni 2012

Wie im Jahr 2012 freue ich mich sehr darauf, auch 2013 wieder drei Besuchergruppen aus meiner Region in Berlin begrüßen zu können.

Unter der Rubrik "Berlinfahrten" auf meiner Homepage können sich Interessierte, die noch nicht an einer solchen politischen Bildungsreise teilgenommen haben, schon jetzt für das nächste Jahr vormerken lassen. Sobald das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung uns Termine zuweist, bekommen Sie über mein Regionalbüro in Nienburg eine Nachricht und können sich dann verbindlich zu einer der Fahrten anmelden.

Meine Gäste im Oktober 2012



